

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Der Zeitungshändler und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Rund um den Erdball / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugspreis: (im Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,90 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-III / Geschäftsstelle: Dresden-III, Bismarckstraße 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18694
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeiterrechtliche Fragen, Freitags von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde
Anzeigenpreis: die neunmal gepaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM für die Restzeile anschließend an den dementsprechenden Teil einer Zeile 1,50 RM
Anzeigen-Entnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-III, Bismarckstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

6. Jahrgang Dresden, Dienstag den 28. Januar 1930 Nummer 23

Die Straßenbahner marschieren voran

Straßenbahnerversammlung stellt sich hinter die Beschlüsse des Landestages / Kampf um 20 Pfennig Lohnerhöhung

Die Arbeiter kommen zur KPD

Dresden, den 28. Januar 1930.

Gestern fand eine von dem roten Betriebsrat einberufene Versammlung der Dresdner Straßenbahner statt, an der trotz der Hitze, die die reformistische Gewerkschaftsbürokratie gegen die Versammlung entfaltet hatte, 500 Straßenbahner teilnahmen. Die Versammlung, die von einem glänzenden Kampfsgeist getragen war, nahm Stellung zu dem am Sonnabend und Sonntag in Chemnitz stattgefundenen Landestag der revolutionären Gewerkschaftsopposition. In einer einstimmig angenommenen Entschließung stellte sie sich hinter die Beschlüsse des Landestages, ferner beschloß sie sofortige Kündigung des Tarifs und Einleitung des Kampfes um eine Lohnerhöhung von 20 Pfennig pro Stunde.

Der Verlauf der Versammlung war gleichzeitig ein Beweis dafür, daß die Arbeiterklasse immer mehr erkennt, daß angesichts des sorglosen Klassenverrats der sozialistischen Führerschaft und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiterklasse ihren Kampf um die

Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen nur unter Führung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition durchführen kann. Ein Ausdruck dieser wachsenden Erkenntnis ist die Tatsache, daß allein in der gestrigen Versammlung 10 Straßenbahner in die Kommunistische Partei eintraten.

Die Dresdner Straßenbahner haben mit ihrer geistigen Versammlung und ihren Beschlüssen der Arbeiterklasse in allen ostsächsischen Betrieben ein leuchtendes Beispiel gegeben. Unter der Führung ihres roten Betriebsrates rufen sie zur Ausnahme des Kampfes. Die gesamte ostsächsische Arbeiterklasse muß jetzt das gleiche tun, sie muß sich hinter die Beschlüsse des Landestages stellen und dieselben in allen Betrieben in die Praxis umsetzen, d. h.: in allen Betrieben Schaffung eines Systems revolutionärer Vertrauensleute, in allen Betrieben rote Betriebsräte, in allen Betrieben Durchführung des revolutionären Angriffs gegen die Hungerpolitik des Dreieundes: Unternehmertum, kapitalistischer Staat und Sozialfaschismus!

Der Geist der Rebellion

Verhaftungen von französischen Soldaten und Zivilpersonen

Paris, 27. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

In Orléans-Kathringen ist eine Reihe Soldaten verhaftet worden, die im 12. Artillerieregiment in Haguenau antimilitaristische Propaganda getrieben haben. Auch in Nancy sollen Zivilpersonen in diesem Zusammenhang verhaftet worden sein. So wenig wie in Deutschland die Rebellion unter der Reichsmarine durch Verhaftungen und Kommunistenbehe erstickt ist, so wenig werden sich die Klassenbewussten Arbeiter und Bauern in der französischen Armee durch den Terror der Militärjustiz von ihren revolutionären Pflichten abhalten lassen.

Revolutionärer Aufstand in China

Peking, 28. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

In der Provinz Fujian ist ein Aufstand ausgebrochen. Die unter Führung von Kommunisten stehenden revolutionären Arbeiter und Bauern haben eine Reihe von großen Städten besetzt.

Streik in Schanghai

Schanghai, 28. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Tausende Arbeiter der Schanghaier Raffinerien sind in den Streik getreten. Die Streikenden verlangen die Auszahlung des rückständigen Lohnes, sowie Befreiung von Mietersperrungen und Kampfbeiträgen. Die Gesellschaft droht mit der Auspeitzung, falls der Streik nicht abgebrochen wird.

SPD für Koalitionsregierung

Paris, 27. Januar.

Der sozialistische Parteitag, der am Sonntagabend beendet wurde, hat sich mit über 500 Stimmen gegen eine sofortige Regierungsbeteiligung ausgesprochen. Die angenommene Entschließung bereitet den bedingungslosen Eintritt der französischen Sozialdemokraten in die Regierung vor. Es heißt dort: „Die Partei überträgt bereit, die Verantwortung für die Regierungsgeschäfte zu übernehmen, jedoch unter der Bedingung, daß sie die Regierung entweder allein übernimmt oder wenigstens die Majorität oder die Leitung in der Regierung inne hat“.

Finanzminister Weber verkündet:

Weiterer Abbau der Sozialausgaben

Bürger — Weber — Rißinger wollen die „Wirtschaft weiter befruchten“

Dresden, 28. Januar.

Der Reichliche Finanzminister Weber hat am Sonntag vor dem Reichstagsausschuß für Handel, Handwerk und Gewerbe in Zürich eine Rede, in der er das Programm der Bürger-Rißinger-Regierung für den Haushaltsplan des laufenden Jahres, der gegenwärtig vorbereitet wird, verkündete. Er erklärte, daß der Haushaltsplan so gestaltet werde, daß er ohne Defizit abschließe. Das lege wesentliche Einschränkungen voraus. Ohne Eingriffe in Reserven und Geheile sei es nicht möglich, es liegt ihm jedoch nichts daran, den Etat auf Kosten der Wirtschaft auszugleichen. Es habe seine Aufmerksamkeit darauf gerichtet, die Mittel, die zur Bezahlung der Wirtschaft dienen, nicht völlig zu streichen.

Wenn Worte einen Sinn haben, so bedeuten diese Ausführungen Webers, daß in dem kommenden jährlichen Etat die künftigen Ausgaben für soziale Zwecke um noch mehr als bisher verringert werden sollen, während zur gleichen Zeit die staatliche Unterstützung der kapitalistischen Profitmacher ausgebaut wird. Die Ausführungen Webers liegen absolut in der Tradition. Die Ausführungen Webers liegen absolut in der Tradition, wie sie Bürger in dem bekannten „Stiefel“, den er Ende des vergangenen Jahres an Weber schrieb, ankündigte. Neben den verhängenen Terroroffensiven gegen die schicksalhaften Arbeiter, neben der Einleitung der Polizeigewalt zur blutigen Niederschlagung streikender und demonstrierender Arbeiter, neben der Mobilisierung der Klassenjustiz zur Verhinderung revolutionärer Streiks wird also gleichzeitig der Ausbau zur weiteren Verlesung der wertstätigen Massen organisiert.

Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, sich unter Führung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition gegen die Offensive der Reaktion, die von den Nazis bis zu den „linken“ Sozialdemokraten reicht, zur Wehr zu setzen und entschlossen zum Angriff überzugehen. Der Landestag der revolutionären Gewerkschaftsopposition hat den Weg zum Kampf gegen die Towerung, gegen die Reaktion, gegen die soziale und politische Reaktion klar aufgedeckt. Jetzt kommt es darauf an, in allen Betrieben und Gewerkschaften ersthaltend an die Verwirklichung der vom Landestag gefassten Beschlüsse zu gehen und den revolutionären Kampf gegen die Hunger- und Verlesungspolitik der Bourgeoisie aufzunehmen.

„Aus Angst um die Erhaltung der Koalition“

Die SPD läßt ihre „Opposition“ gegen Schacht ab

Berlin, 28. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Bei den gestrigen unter dem Vorbehalt des Reichstages stattgefundenen Verhandlungen der Regierungsparteien über eine Veränderung des Reichsbankstatuts ist es bis jetzt zu keiner Veränderung des Statuts gekommen. Mehrere Sozialdemokraten waren alle anderen Parteimitglieder gegen eine Veränderung

Die Vorentscheidungen von heute früh zeigen, daß die Sozialdemokraten bereits auf dem Rückzug von ihrem eigenen Antrag gegen Schacht sit. So schreibt der „Vorwärts“ von heute früh:

„Zu einer Einigung kam es gestern nicht. Die Sozialdemokraten behielten sich ihre endgültige Stellungnahme vor.“

Und die Berliner Morgenzeitung schreibt unter der Überschrift: „Rückzug der Sozialdemokratie?“ u. a.: „Die interfraktionellen Besprechungen haben zwar den Eindruck verstärkt, daß die sozialdemokratische Parteileitung die Koalition aus Angst um die Erhaltung der Koalition aus Angst um die Erhaltung der Koalition und es bei dem gegenwärtigen Zustand belassen möchten.“

An Kreuzers Strippe

Einheitsfront von Nazis bis SPD für Zündholzmonopol

Nur die Kommunisten rufen die Werttätigen zum Kampf gegen den Monopolwucher!

Berlin, 28. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern erzielte der Reichstag die zweite Lesung des in den Ausschuhberatungen wesentlich veränderten Zündwarenmonopolgesetzes, das mit dem Stimmen der Regierungsparteien Annahme fand. Alle kommunistischen Anträge auf Produktionsfreiheit der Genossenschaften wurden von sämtlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten abgelehnt. Dagegen wurde ein KPD-Antrag auf Streichung der Steuerfreiheit für das Zündholzmonopol abgelehnt.

Liebestwerben der Nazis um die SPD

Der Fraktionsführer der NSDAP, Stöber, erklärte in der Sitzung wörtlich:

„Ich weiß (zu den Sozialdemokraten gewandt), daß die Dinge sich ändern, und vielleicht ist es nicht ausgeschlossen, daß wir mit dem einen oder anderen von Ihnen in einer späteren Zeit, wenn Sie Wert darauf legen, noch irgendwie im Staatsmitwirken, auch ganz erträgliche Beziehungen herstellen können. Ich sage, mit einigen von Ihnen ist das immerhin denkbar.“

Finanzminister Dr. Roldenauer betonte, daß das Monopolgesetz „allen Wünschen der Zündholzindustrie“ entspricht. Die 125-Millionen-Dollar-Anleihe ist das wichtigste, aber auch die Ausgaben der öffentlichen Hand sollen eingeschränkt werden. Stöber, der bei den Kommunisten, Herz (SPD) sagt, daß die vollkommen einverstanden sind mit dem Finanzminister.

Für die kommunistische Fraktion spricht

Genosse Ende:

Am vergangenen Donnerstag erklärte von der Reichstagsfraktion der Sozialdemokrat Herz, daß die Sozialdemokratie ihre Zustimmung zu dem Gesetzesentwurf nur geben würde, wenn die Regierungspolitik aufrechterhalten bleibt. Er erklärte gleichzeitig, daß im Ausschuß noch viel zugunsten der Verbraucher ge-

ändert werden müsse. Ich stelle fest, daß auch nicht ein einziger Sozialdemokrat während der stündigen Ausschuhberatungen an der Debatte teilnahm. (Stürmliches Hört! Hört!) Mit einer kleinen Ausnahme. (Heiterkeit.) Der Sozialdemokrat Feine sprach eine einzige Minute — gegen das Zündholzmonopol? Nein, gegen den Streichhölzer! (Hört! Hört!) Das war alles. Im Ausschuh wurde die Gesetzesvorlage weiter verhandelt. Die zündholzmonopolistische Produktion wurde von 315 Millionen im Jahr auf 230 Millionen herabgesetzt. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Außerdem wurde festgestellt, daß der Höchstpreis von 30 Pfennig pro Karton nunmehr Mindestpreis wird, und daß jeder befristet wird, der billigerer Streichhölzer verkauft. Die Genossenschaftsmittelglieder müssen also in Zukunft trotz der billigeren Genossenschaftsproduktion dieselben Preise bezahlen, die das Kreuzermonopol fordert.

Die kommunistische Fraktion hat in Entwürfen gefordert, daß die genossenschaftliche Produktion nicht eingeschränkt werden darf, und daß die Genossenschaften keine Monopolabgabe in Höhe von 60 Mark pro Kiste zu zahlen haben. Bei der Abstimmung über diese Entwürfe stimmten alle Sozialdemokraten gemeinsam mit den Sozialisten gegen diese Entwürfe. Auch der sogenannte Genossenschaftsvertreter, Herr Feine, lehnte diese Entwürfe ab.

Das vorliegende Gesetz richtet sich nicht nur gegen die werttätige Bevölkerung und gegen proletarische genossenschaftliche Organisationen, sondern auch gegen die sozialistische Wirtschaft der Sowjetunion. Der volksparteiliche Redner, Herr Beuthler, sagte am vergangenen Donnerstag, daß die Billigkeit der zündholzmonopolistischen „bestimmte Ursachen“ habe. Das ist richtig. In Sowjetrußland gibt es keinen Ivor Kreuzer und kein kapitalistisches System. In Sowjetrußland gibt es keine Kapitalisten, die die Arbeitergelder einstecken. Deshalb kann Sowjetrußland auch mit billigeren Hölzern auf den deutschen Markt kommen. Da sich auch hier die sozialistische Produktion überlegen zeigt, und die Profite der Kapitalisten bedroht, sprechen die Kapitalisten und Sozialdemokraten von einer Schlisüberkonkurrenz. Mit dieser „Schlisüberkonkurrenz“ werden sie beim Wachsen der sozialistischen

A
r
an-A.
35/37
Zill
zial-
schaft
See 2E
ale
mann
3
PP
rische
ion
28236
and
ße 8
waren
19/22
ikal der
en Arbeiter
straße
ng
abrik
ons
lner
1796
Sommer
ickbeiler
artikel
resden
10289
Kneipe
slokal
nert
Nr. 2 und
deer Platz
ann
ilzahlung
AUS
6
platten
stesten im
häft
& Co.
ne 26. L.
her Rabati
am Platze!